

**Antrag 1/I/2022**  
**SPD-Landesvorstand Brandenburg**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme**

**Der/Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Mit Verlässlichkeit durch schwierige Zeiten**

1 Der völkerrechtswidrige An-  
2 griffskrieg Russlands gegen die  
3 Ukraine hat die europäische  
4 Friedensordnung von Grund  
5 auf verändert. Es schien un-  
6 vorstellbar, dass es in Europa  
7 noch einmal einen Krieg gibt, bei  
8 dem ein Land seinen Nachbarn  
9 brutal überfällt, um eine gewalt-  
10 same Verschiebung der Grenzen  
11 herbeizuführen.

12 Die entschlossene Reaktion  
13 Deutschlands und der Europäi-  
14 schen Union insgesamt war und  
15 bleibt richtig. Der endgültige  
16 und einseitige Bruch der auch  
17 vertraglich gesicherten europäi-  
18 schen Friedensordnung nach  
19 dem Kalten Krieg durch Putins  
20 Russland machte die umfangrei-  
21 chen Sanktionen notwendig. Die  
22 völkerrechtswidrige Annexion  
23 von Teilen der Ukraine und das  
24 Fortführen des brutalen Krieges  
25 gegen den friedlichen Nach-  
26 barn unterstreichen die weitere  
27 Notwendigkeit der Sanktionen.

28 Solidarität und Zusammenhalt  
29 sind in diesen Zeiten unabding-  
30 bar. Wir sind stolz und dankbar,  
31 wie viele Brandenburgerinnen  
32 und Brandenburger nach dem  
33 24. Februar nicht gezögert ha-  
34 ben und Geflüchtete aus der  
35 Ukraine unterstützt haben. Weit  
36 über 20.000 Ukrainerinnen und  
37 Ukrainer haben in Branden-  
38 burg Zuflucht gefunden. Über  
39 5.000 ukrainische Kinder und  
40 Jugendliche besuchen Schulen in  
41 Brandenburg. Viele Tonnen Hilfs-  
42 güter wurden aus Brandenburg  
43 in die Ukraine geschickt.

44 Der Krieg und seine Folgen be-  
45 treffen uns aber auch unmittel-  
46 bar. Bereits vor dem 24. Februar  
47 2022 stiegen die Energiepreise  
48 in Europa deutlich, auch durch  
49 die gezielte Verknappung der  
50 Energieversorgung durch Russ-  
51 land. Bis heute hat sich die Lage  
52 dramatisch verschärft. Mit ent-  
53 schiedenen Maßnahmen konnte  
54 die Energieversorgung von  
55 Russland unabhängig gemacht  
56 werden. Besonders betroffen  
57 sind wir in Brandenburg mit der  
58 Raffinerie PCK in Schwedt. Durch  
59 die nationale Sanktionierung  
60 von russischem Pipeline-Öl sind  
61 hier erhebliche Maßnahmen

62 notwendig.

63 Die stark gestiegenen Preise bei  
64 Gas und Strom machen es erfor-  
65 derlich, mit klaren Maßnahmen  
66 in das Marktgeschehen einzu-  
67 greifen. Das Angebot an Energie  
68 muss unabhängig vom Ausland  
69 so weit wie möglich erhöht wer-  
70 den. Bürgerinnen und Bürger wie  
71 auch viele Unternehmen müssen  
72 mit Gas- und Strompreisdeckeln  
73 in ihrer Existenz geschützt wer-  
74 den. Mit finanziellen Hilfen muss  
75 denjenigen geholfen werden, die  
76 steigende Preise bei Lebensmit-  
77 teln und der Grundversorgung  
78 insgesamt in der Haushaltskas-  
79 se nicht ausgleichen können. Hier  
80 bei uns in Ostdeutschland betrifft  
81 das große Teile der Bevölkerung.  
82 Es wurden mit den Entlastungs-  
83 paketen bisher 95 Milliarden Eu-  
84 ro bereitgestellt, um Bürgerinnen  
85 und Bürger, wie auch Unterneh-  
86 men bei der Bewältigung der En-  
87 ergiekrise samt hoher Inflation zu  
88 unterstützen.

89 • Beschäftigte, Selbststän-  
90 dige, Rentnerinnen und  
91 Rentner, Studierende,  
92 Auszubildende und Bürge-  
93 rinnen und Bürger, die auf  
94 staatliche Leistungen ange-  
95 wiesen sind, erhielten und

- 96 erhalten Einmalzahlungen.
- 97 • Das Kindergeld steigt um  
98 8% (18 Euro) und der  
99 Kinderzuschlag steigt im  
100 Höchstsatz um 9% (20  
101 Euro).
- 102 • Das Wohngeld wird zum  
103 1.1.2023 verdoppelt und die  
104 Zahl der berechtigten Haus-  
105 halte verdreifacht. Künftig  
106 können so 2 Millionen Haus-  
107 halte mit kleinem Einkom-  
108 men bei den Wohnkosten  
109 unterstützt werden.
- 110 • Das Bürgergeld wird ein-  
111 geführt. Damit steigt die  
112 Grundsicherung um über  
113 10%.
- 114 • Rentenbeiträge werden  
115 vollständig von der Steuer  
116 abgesetzt und der Steu-  
117 erverlauf und Freibeträge  
118 zur Vermeidung der kalten  
119 Progression angepasst.
- 120 • Kleine Einkommen werden  
121 durch eine Ausweitung der  
122 der Midi-Job-Zone von Sozi-  
123 alabgaben entlastet.
- 124 • Mieterinnen und Mieter, die  
125 Betriebskosten nicht sofort  
126 zahlen können, werden bes-  
127 ser geschützt.
- 128 • Die EEG-Umlage wurde zum  
129 1. Juli 2022 abgeschafft und

130 der CO2-Preis wird 2023  
131 nicht erhöht.

132 • Im Juni, Juli und August 2022  
133 galt der Tankrabatt, öffent-  
134 liche Verkehrsmittel konn-  
135 ten für 9 Euro im Monat ge-  
136 nutzt werden und die Pend-  
137 lerpauschale wurde erhöht.

138 Unabhängig von der Energiekrise  
139 und hoher Inflation werden die  
140 Bürgerinnen und Bürger durch  
141 sozialdemokratische Politik ent-  
142 lastet bzw. unterstützt:

143 • Zum 1. Juli 2022 wurden die  
144 Renten in Ostdeutschland  
145 um 6,12 % erhöht. In Bran-  
146 denburg profitieren davon  
147 über 800.000 Rentnerinnen  
148 und Rentner.

149 • Seit 1. Oktober beträgt der  
150 Mindestlohn 12 Euro die  
151 Stunde. Ein Drittel der Be-  
152 schäftigten in Brandenburg  
153 erhält dadurch im Vergleich  
154 zu 2021 bis zu 20 % mehr  
155 Lohn.

156 • Seit 1. Januar gilt eine Min-  
157 destausbildungsvergütung  
158 und zum aktuellen Semes-  
159 ter wurde das BAföG im  
160 Höchstsatz um 8,4% erhöht  
161 und die Freibeträge um  
162 20% erhöht.

163 • Bereits seit 2021 zahlen

164 über 90% der Steuerzah-  
165 lerinnen und -zahler in  
166 Brandenburg keinen Soli-  
167 daritätszuschlag mehr und  
168 werden dadurch um bis zu  
169 1.000 Euro im Jahr entlastet.  
170 • Zum 1. Januar 2023 wird die  
171 CO2-Bepreisung bei den  
172 Heizkosten in Abhängigkeit  
173 des Energieverbrauchs zwi-  
174 schen Vermietenden und  
175 Mietenden aufgeteilt, statt  
176 nur von letzteren getragen  
177 werden zu müssen.

178 Diese Maßnahmen sollten die Le-  
179 benssituation vieler Bürgerinnen  
180 und Bürger verbessern. Wir wis-  
181 sen, dass das jetzt nicht passiert,  
182 sondern sie aufgrund der hohen  
183 Inflation nur dabei helfen, mit  
184 der schwierigen Situation umzu-  
185 gehen.

186 Gerade in Ostdeutschland ist die  
187 Lage für viele besonders schwer-  
188 wiegend. Das Durchschnittsein-  
189 kommen und die angesparten  
190 Rücklagen sind hier deutlich ge-  
191 ringer als in Westdeutschland.  
192 Die Preise steigen aber eben-  
193 so stark wie im Rest des Lan-  
194 des. Große Teile der Bevölke-  
195 rung spüren die Preisanstiege un-  
196 mittelbar. Schon bisher waren  
197 die Strompreise in Ostdeutsch-

198 land höher. Die Netzentgelte in  
199 Deutschland müssen endlich ge-  
200 recht verteilt werden. Länder mit  
201 einem hohen Ausbaustand er-  
202 neuerbarer Energien dürfen nicht  
203 länger benachteiligt werden.

204 Die Entscheidung für ein nationa-  
205 les Embargo von Pipeline-Öl hat  
206 direkte Auswirkungen auf die En-  
207 ergiesicherheit in Brandenburg  
208 und damit auf die Stimmung im  
209 Land.

210 Für die SPD Brandenburg steht  
211 fest, dass die gemachten Zusagen  
212 eingehalten und weitere Maß-  
213 nahmen ergriffen werden müs-  
214 sen:

215 • **200-Milliarden-Euro-**  
216 **Abwehrschirm - Preis-**  
217 **bremsen für Strom, Gas**  
218 **und Wärme**

219 Mit dem 200-Milliarden-Euro-  
220 Abwehrschirm als Sonderver-  
221 mögen des Bundes und der  
222 Abschöpfung von Zufallsgewin-  
223 nen stehen die Mittel für eine  
224 Senkung der Preise bei Strom,  
225 Gas und Wärme bereit. Diese  
226 Preisbremsen müssen schnellst-  
227 möglich umgesetzt werden.  
228 Bürgerinnen und Bürger sowie  
229 kleine und mittlere Unterneh-  
230 men müssen wissen, auf welche  
231 Preise sie sich einstellen müssen.

232 Die für die Strompreisbrem-  
233 se geplante Abschöpfung von  
234 Zufallsgewinnen muss ebenso  
235 schnell umgesetzt werden.

236 • **Eine sichere Zukunft für**  
237 **PCK-Schwedt**

238 Die Zusagen für die Raffinerie  
239 PCK-Schwedt müssen schnell  
240 umgesetzt werden. Beschäfti-  
241 gungsgarantie, der Ausbau des  
242 Rostocker Hafens sowie die  
243 Ertüchtigung der Pipeline nach  
244 Schwedt sind elementar, um den  
245 Standort und der Region eine  
246 klare Perspektive zu geben. Mit  
247 der Sicherheit über den Erhalt  
248 können alle Beteiligten kraftvoll  
249 an den Umbau zu Deutschlands  
250 erster nachhaltiger Raffinerie  
251 gehen. Die Mittel von Land, Bund  
252 und EU stehen dafür bereit.

253 • **Betriebe und Unterneh-**  
254 **men unterstützen**

255 Die Unterstützungsprogramme  
256 des Bundes für Unternehmen  
257 müssen deutlich ausgeweitet  
258 werden. Sie dürfen nicht nur für  
259 exportorientierte Unternehmen  
260 gelten. Wo Hilfe nötig ist, muss,  
261 wie in der Corona-Pandemie,  
262 schnell und unbürokratisch un-  
263 terstützt werden. Nur so können  
264 wir Beschäftigung und Wert-  
265 schöpfung am Standort Deutsch-



266 land, vor allem aber auch die  
267 Versorgung mit Dienstleistungen  
268 und Gütern, sichern. Es ist daher  
269 richtig, dass das 200-Milliarden-  
270 Euro-Sondervermögen des  
271 Bundes auch hierfür genutzt  
272 werden kann.

273 • **Zügige Umsetzung aller**  
274 **Maßnahmen**

275 Die Hilfsprogramme und Unter-  
276 stützungszahlungen des Bundes  
277 müssen zügig umgesetzt wer-  
278 den. Die Betroffenen sind un-  
279 mittelbar mit gestiegenen Kos-  
280 ten konfrontiert und haben nach  
281 zwei wirtschaftlich schwierigen  
282 Corona-Jahren häufig keine Rück-  
283 lagen mehr. Es ist wichtig, dabei  
284 gezielt gerade untere und middle-  
285 re Einkommen zu entlasten.

286 • **Einen Rettungsschirm des**  
287 **Landes**

288 Es ist erklärtes Ziel der SPD Bran-  
289 denburg, die Folgen der Krise  
290 für Unternehmen und wesentli-  
291 che gesellschaftliche Bereiche er-  
292 gänzend zu den Maßnahmen des  
293 Bundes soweit abzumildern, dass  
294 sie ihre Arbeit fortführen kön-  
295 nen und nicht in der Existenz be-  
296 droht sind. Mit der Erklärung der  
297 Notlage kann das Land so kre-  
298 ditfinanziert dort helfen, wo die  
299 Bundesprogramme nicht greifen.

300 Soziale und kulturelle Einrich-  
301 tungen und Angebote, öffentli-  
302 che Verkehrsunternehmen, Ge-  
303 sundheitsversorgung und Stadt-  
304 werke gehören zur Grundversor-  
305 gung und müssen aufrechterhal-  
306 ten werden. Hierbei hat die SPD  
307 Brandenburg auch im Blick, dass  
308 nicht alle Preissteigerungen in  
309 Folge der hohen Inflation einfach  
310 an Nutzerinnen und Nutzer wei-  
311 tergegeben werden können.

312 • **Alle Kraftwerke ans Netz**

313 Zur Reduzierung der Strom-  
314 kosten müssen alle technisch  
315 möglichen Kapazitäten zur  
316 Stromerzeugung genutzt wer-  
317 den. In Brandenburg sind am  
318 Standort Jänschwalde daher zwei  
319 Kraftwerksblöcke wieder ans  
320 Netz gegangen. Wir stehen zum  
321 gesetzlich vereinbarten Ausstieg  
322 aus der Verstromung von Kohle  
323 bis spätestens 2038.

324 • **Erneuerbare Energien  
325 und Stromnetze zügig  
326 ausbauen**

327 Der Ausbau der erneuerbaren  
328 Energien und der Stromnetze  
329 muss beschleunigt werden. Be-  
330 reits im Leitantrag des Parteitags  
331 2021 sowie im Entschließungs-  
332 antrag "Ausbau erneuerbarer  
333 Energien deutlich steigern und

334 Akzeptanz erhöhen“ im Landtag  
335 (DS 7-5546-B) wurden die dafür  
336 notwendigen Schlussfolgerun-  
337 gen und Schritte aufgezeigt:

338 • Es braucht eine möglichst  
339 weitgehende eigenstän-  
340 dige Energieversorgung  
341 Deutschlands, um un-  
342 abhängig von globalen  
343 Preisentwicklungen zu  
344 sein und um die politische  
345 Erpressbarkeit durch en-  
346 ergieliefernde Länder zu  
347 vermindern.

348 • Die Kapazitäten zur Strom-  
349 erzeugung aus erneuerba-  
350 ren Energien müssen für  
351 den Ausstieg aus fossilen  
352 Energieträgern Kohle, Gas  
353 und Öl massiv ausgebaut  
354 werden. Hierbei müssen  
355 alle Bundesländer ihren  
356 Anteil leisten. Auch das  
357 Land Brandenburg erhöht  
358 seine Ausbauziele und  
359 unterstützt die länderspezi-  
360 fischen Flächenziele für den  
361 Ausbau von Windenergie  
362 an Land. Auch Landschafts-  
363 schutzgebiete werden für  
364 den Ausbau erneuerbarer  
365 Energien genutzt.

366 • Als Teil einer Ausbauoffen-  
367 sive zur Nutzung von Solar-

368 energie wird die Installati-  
369 on auf geeigneten öffentli-  
370 chen und gewerblichen Flä-  
371 chen verpflichtend.

372 • Alle Hemmnisse der Nut-  
373 zung regional erzeugter  
374 erneuerbarer Energien  
375 müssen abgebaut werden,  
376 damit Unternehmen und  
377 Kommunen schneller auf  
378 sie umsteigen können. Die  
379 Regeln für den Auf- und  
380 Ausbau von Anlagen zur  
381 Nutzung erneuerbarer En-  
382 ergien für den Eigenbedarf  
383 müssen radikal vereinfacht  
384 werden.

385 • Der Mehrwert des Ausbaus  
386 erneuerbarer Energien  
387 muss für die Menschen  
388 in den Regionen deutlich  
389 spürbar sein. Günstigere  
390 Energiepreise bei der Nut-  
391 zung regional erzeugter  
392 erneuerbarer Energien  
393 und die direkte Nutzung  
394 dieser zum Aufbau von Ar-  
395beitsplätzen und damit der  
396 Schaffung von Perspektiven  
397 für die Menschen schaffen  
398 Akzeptanz für den Ausbau.

399 • Energie darf kein Luxusgut  
400 werden. Bürgerinnen und  
401 Bürger wie auch die Wirt-

402 schaft müssen sich auf be-  
403 zahlbare Strompreise ver-  
404 lassen können.

405 • Die Zusagen des Struktur-  
406 stärkungsgesetzes müssen  
407 eingehalten werden. Die  
408 Maßnahmen zur Schaffung  
409 neuer Wertschöpfungs-  
410 ketten schnellstmöglich  
411 umgesetzt werden.

412 • Speichertechnologien müs-  
413 sen weiterentwickelt und ei-  
414 ne regionale Wasserstoff-  
415 wirtschaft aufgebaut wer-  
416 den. Wasserstoff ist durch  
417 die vielfältige Nutzbarkeit  
418 auch Schlüsselement für  
419 die Sektorenkopplung.

420 • Es braucht entscheidene  
421 Schritte zur Planungsbe-  
422 schleunigung.

423 Mit dem Haushaltsentwurf  
424 2023/2024 stehen erneut mehr  
425 Stellen für die Planungsbehörden  
426 des Landes bereit. Landesberg-  
427 bauamt und Landesamt für  
428 Umwelt erhalten deutlich mehr  
429 Personal, um Verfahren schnel-  
430 ler bearbeiten zu können. Mit  
431 dem Pakt zur Planungsbeschleu-  
432 nigung zwischen Bund und  
433 Ländern werden weitere Schritte  
434 folgen.

435 Auch landesrechtliche Regelun-

436 gen müssen angepasst werden,  
437 um Genehmigungsverfahren für  
438 den Ausbau erneuerbarer Energi-  
439 en zu vereinfachen und beschleu-  
440 nigen. Wir werden durch eine No-  
441 vellierung des Denkmalschutzge-  
442 setzes und die Anpassung un-  
443 tergesetzlicher Regelungen dafür  
444 sorgen, dass der Denkmalschutz  
445 nicht als Ausbau-Bremse der Er-  
446 neuerbaren missbraucht werden  
447 kann.

448 Die Umsetzung der Wasserstoff-  
449 strategie des Landes für den  
450 Aufbau einer regionalen Was-  
451 serstoffwirtschaft gilt es zu be-  
452 schleunigen.

453

454 **Mit Verlässlichkeit durch**  
455 **schwierige Zeiten**

456 Mit all diesen Maßnahmen  
457 wird es gelingen, unser Land  
458 zusammenzuhalten und ge-  
459 meinsam durch diese schwere  
460 Zeit zu kommen. Niemand wird  
461 allein gelassen. Bei all den Un-  
462 wägbarkeiten stehen wir mit  
463 Verlässlichkeit an der Seite der  
464 Bürgerinnen und Bürger, der  
465 Betriebe und Unternehmen, der  
466 Vereine und Verbände. Wir ste-  
467 hen an der Seite aller, die unser  
468 Land und unsere Gesellschaft  
469 stark machen. Damit treten wir

470 entschieden all jenen entgegen,  
471 die versuchen von der Krise  
472 politisch zu profitieren.

473 Es ist eine schwierige Zeit, in der  
474 einfache Antworten zumeist nicht  
475 die Richtigen sind. Alle Demokra-  
476 tinnen und Demokraten tragen  
477 eine besondere Verantwortung.  
478 Egal ob in Regierung oder Op-  
479 position, ob in Verwaltung oder  
480 Verein, überall gilt es die berech-  
481 tigten Sorgen der Bürgerinnen  
482 und Bürger aufzunehmen und im  
483 demokratischen Diskurs gemein-  
484 sam zu Lösungen zu kommen.